

# W i l d b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. (bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inneren Reichsgebiet monatlich 1.70 RM.). — Einzelnummern 20 Pf. — Mikrofilm Nr. 50 bei der Ebermanns-Presse-Verlagsanstalt, Wildbad. — Postamt: Enztalbote Wildbad & Co., Wildbad. — Postfach: 100. — Postfachnummer 100. — Postfachnummer 100.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundbesitz 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamepreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr abends. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beibringung notwendig wird, fällt jede Nachschreibung weg.

Verlag und Schriftleitung: Ebermanns, Wildbad, Wilhelmstraße 56. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 90

Februar 179

Donnerstag, den 18. April 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

## Der Staatshaushalt im Landtag

Stuttgart, 17. April.

Bestern nachmittag 4.15 Uhr eröffnete Präsident Pfüger die neue Tagung des Landtags. Die Abgeordneten sind vollständig erschienen. Der Präsident widmet den verstorbenen Abgeordneten Dr. Schermann (3.) und Braungger-Deutkirch (3.) Nachrufe.

Ministerialrat Köstlin beantwortete zunächst einige Anfragen. Davon ist hervorzuheben, daß die beteiligten Ministerien die ihnen unterstellten Anstalten erneut angewiesen haben, ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere auch an Eiern, in erster Linie aus Württemberg zu decken. — Die Rundfunkleitung übernahm die Feier der Freiender-Jugendweihe am 10. März, da sie „überfah“, daß ein Teil der Kinder schon am Sonntag vor dem Landeskonfirmationsstag (dem 17. März d. J.) die Konfirmation feierte. Die Staatsregierung, die in dem kulturellen Beirat vertreten ist, legt Wert darauf, daß bei Uebertragung weltanschaulicher Darbietungen nicht nur der Inhalt eines Vortrags, sondern auch die Zeit der Darbietung auf die berechtigten Befühle Andersdenkender Rücksicht nimmt. — Wenn Geschäftsleute oder ihre Reisenden Bestellungen in der Art aufsuchen, daß sie außerhalb des Wohnortes und der gewöhnlichen Niederlassung des Geschäftsinnehmers in vorübergehend gemieteten Räumen, z. B. einer Gast- oder Schankwirtschaft, Muster oder Proben ausstellen und darauf Bestellungen der Verbraucher entgegennehmen, so stellt das zwar begrifflich kein Wanderlager dar, unterliegt aber doch den gewerbepolizeilichen und steuerrechtlichen Vorschriften, die den Gewerbetriebe im Umherziehen regeln. Diese Vorschriften bieten aber keine Handhabe, um derartige Wandergewerbetriebe in Gast- oder Schankwirtschaften zu verbieten oder zu beschränken, selbst wenn sie ausnahmsweise die Betriebsform des Wanderlagers haben sollten. Am zweckmäßigsten erscheint es, auf eine Fassung der zu erwartenden Aenderung der Titel II und V der Reichsgewerbeordnung hinzuwirken, die die Handhabe gibt, den bisher beklagten Mißständen mit Erfolg zu begegnen. — Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter angewiesen, die Schäden, die der lange und starke Frost unter anderem in Gärtnereibetrieben hervorgerufen hat, durch Stundung oder Nachlaß von Steuern angemessen zu berücksichtigen.

Sodann tritt das Haus in die allgemeine Aussprache über den Staatshaushalt 1929 ein. Das Wort ergreift

### Staatspräsident Dr. Bolz

der ausführt:

Die Regierung hat mit gutem Gewissen die Verantwortung übernommen. Die Unzufriedenheit über die Zusammensetzung der jetzigen Regierung hat in einem Teil der Presse zu den verheerendsten Angriffen geführt. Der Zusammentritt des Landtags ist mit einer sehr lauten Mufel begleitet worden. Man las in der Presse von Fortwürfen, von Länderpartikularismus, Kulturreaktion, Mangel an Mut, Verfassungswidrigkeit. Die Regierung weicht diesen Vorwürfen nicht aus, sondern sie ist bereit, zu ihnen Stellung zu nehmen.

Was das Verhältnis des Landes zum Reich betrifft, so verwies der Staatspräsident auf seine Stellungnahme als Mitglied der Länderkonferenz. Sein Bemühen war, in der Frage überhaupt einen Fortschritt zu erzielen.

Was die Frage der Eisenbahnabfindung betrifft, so wird Württemberg kein Hinderungsgrund sein, wenn das Reich auf den Vertrags- oder Gesetzgebungsweg die Regelung hinausschieben will. Anders liegt für Württemberg die Frage der Postabfindung, für die nur Bayern und Württemberg in Frage kommen. Eine Nichterfüllung der Vertragspflichten durch das Reich bedeutet eine Benachteiligung einzelner Reichsteile. Hier bestehen wir auf unserem guten Recht. Leider war das Reich auch in den Zeiten, in denen es Geld in Fülle hatte, zu keinen Zugeständnissen bereit.

Man macht uns den Vorwurf, wir seien „in Kulturfragen rückständig“. Zur Begründung wird das 8. Schuljahr und die Lehrerbildungsfrage angezogen. In einer finanziell so ernsten Zeit war die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahrs verständlich. Wir haben nicht die Absicht, der Durchführung des 8. Schuljahrs weitere Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Die ganze Frage wird im Zusammenhang mit dem kommenden Schulgesetz entschieden werden.

An die Frage der Lehrerbildung muß mit größter Vorsicht herangegangen werden. Diese sachlich sehr umstrittene Frage hat eine starke finanzielle Bedeutung. Im Kultministerium ist der Entwurf eines Schulgesetzes fertiggestellt. Es ist beabsichtigt, auch die Vollzugsverordnung hierzu auszuarbeiten und sie zusammen mit dem Schulgesetz und den Denkschriften über die Lehrerbildung, das Schulwesen im Dienst der Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe dem Landtag vorzulegen. Das wird im Herbst der Fall sein.

Dies zeigt, daß wir nicht vor Entscheidungen von politisch bedeutsamen Fragen zurücktreten, auch nicht auf anderen

Gebieten; so namentlich auf dem Gebiet der Staatsvereinfachung. Die vom Staatsministerium eingeleitete Kommission hat eine Landesverwaltungsordnung fertiggestellt. Auch die Bearbeitung des materiellen öffentlichen Rechts ist von der Kommission bis auf kleine Teile fertiggestellt.

Im Innenministerium sind wir beschäftigt mit der Vorbereitung der Vollzugsverordnung zur Gemeindeordnung und mit der endgültigen Fertigstellung der Bezirksordnung. Im Justizministerium werden die Ausführungsgeetze zu den Reichsjustizgeetzen neu bearbeitet.

In der Frage der Bezirkseinteilung kann übertriebene Eile mehr schaden als nützen. Ich verschweige nicht, daß sich in meiner eigenen Partei zum Teil scharfe Widerstände gegen den Generalplan geltend machen. Auch eine neue Bezirkseinteilung ist nicht das A und O der Verwaltungsvereinfachung, denn es ist sehr fraglich, ob bei einer Verringerung der Zahl der Oberämter große Einsparungen an Personal gemacht werden können.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Frage des inneren Finanzausgleichs, die Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden. Der neue Etat versucht durch höhere Staatszuschüssen den Amtstörperschaften und Staatsgemeinden zu helfen, und zwar im insgesamt 4 Millionen Mark. Davon sind 1,3 Mill. Mark Mehrleistungen des Staats auf dem Gebiet der Straßenaufgaben. Auf dem Gebiet der Schullasten sind wir nicht grundsätzlich abgeneigt, einer Verbesserung zugunsten der Gemeinden zuzustimmen. Wir haben im Etat aber nichts darin, weil wir einfach kein Geld haben. Eine andere Regierung kann ja auch nichts anderes machen.

In der Presse wurde weiter behauptet, die Regierung sei überhaupt nicht verfassungsmäßig, weil sie sich noch kein Vertrauensvotum beschafft habe. Diese Behauptung hält der Staatspräsident für falsch. Zwischen dem Inhalt der Reichs- und der Landesverfassung besteht hier kein Unterschied. Nie ist im Reichstag davon ausgegangen worden, daß die Reichsregierung ein positives Vertrauensvotum brauche. Das Vertrauen wurde immer stillschweigend vorausgesetzt, solange nicht Tatsachen das Gegenteil beweisen. Das Parlament muß den Willen zum Ausdruck bringen, daß die Regierung oder ein Minister zurücktreten sollen.

Es ist die Frage erörtert worden, ob die Opposition einen Vertrauensantrag stellen kann, den sie selbst dann ablehnt. Im Juni d. J. haben es die Nationalsozialisten im Reichstag ebenso gemacht. Der sozialdemokratische Reichspräsident Lohbe hat damals ausgeführt, daß eine Unwahrhaftigkeit und eine offensibare Verhöhnung des Reichstags vorliege. Der Antrag wurde aber zugelassen, doch einigten sich alle Parteien darüber, einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen und anzunehmen.

Es wird weiter behauptet, daß die Landesverfassung anders auszulegen sei als die Reichsverfassung. Dies ist falsch. Beide Verfassungen sind im gleichen Jahr entstanden, sind aus dem gleichen Geist geboren und haben fast vollkommen den gleichen Wortlaut. Die ganze Frage ist wichtig für die Fortbildung des ganzen parlamentarischen Systems. Bei einer anderen Auslegung würde sich bei uns in Deutschland bei den vielen Parteien das parlamentarische System absolut totlaufen. Die Zulassung von nicht ernstgemeinten Vertrauensanträgen ist unmöglich, nicht wegen der etwaigen Folgen für die württ. Regierung, sondern mit Rücksicht auf die Fortentwicklung des parlamentarischen Lebens. Die Opposition möge sich dies sehr überlegen. Die Regierung steht der Entscheidung des Landtags mit voller Ruhe entgegen.

Hierauf leitete

### Finanzminister Dr. Dehlinger

die Beratung mit einer großen Staatsrede ein:

Der Haushaltplan schließt mit einem **jedenfalls** Mangel von 9,9 Millionen. Nach den Annahmen der einzelnen Verwaltungen hätte sich der Abmangel auf 31 Millionen belaufen. Eine Steuererhöhung war ausgeschlossen. Folglich mußten alle nicht dringlichen Aufgaben abgedrosselt werden. Durch diese Abdrosselung sind die Sachausgaben noch um 10 Millionen hinter den Stand von 1928, nämlich von 114 auf 104 Millionen, zurückgedrängt worden. Trotz alledem wurden noch die Lasten der Gemeinden um vier Millionen erleichtert. Jetzt sind aber nach Ansicht der Regierung im Staatshaushalt keine weiteren Einsparungsmöglichkeiten mehr vorhanden. Auch bei den Einnahmen läßt sich nichts weiteres herausholen. Ein Abmangel in Höhe von 9,9 Millionen ist das äußerste, was noch ohne Steuererhöhung verantwortet werden kann.

Trotz dieses Abmangels ist der württ. Staat im Verhältnis zum Reich und zu anderen Ländern günstiger daran, dank den größeren Ueberschüssen in früheren Jahren. Insgesamt sind 4 Millionen aus dem Rechnungsjahr 1927 zur Verwendung für 1928 verfügbar geworden. Das Rechnungsjahr 1928 wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rund 8,5 Millionen abschließen. In einem Nach-

trag, der demnächst dem Landtag vorgelegt wird, werden noch einzelne Nachforderungen beantragt werden, die aber den Abmangel nicht wesentlich verändern. Von diesem Abmangel können, wie erwähnt, 4 Millionen abgedeckt werden aus dem Jahr 1927, der Rest von rund 4,7 Mill. aus den Ueberschüssen von 1926. In der Reserverwaltung werden dann keinerlei Ueberschüsse mehr zur Verfügung stehen.

Die württ. Staatskasse steht im Verhältnis zum Reich und anderen Ländern ebenfalls günstig da, da der württ. Staat weder dauernde noch schwebende Schulden hat. Nun ist die Regierung durch eine Reihe von Besetzen ermächtigt worden, zur Deckung bestimmter außerordentlicher Ausgaben Anleihen bis zur Höhe von 33 Millionen aufzunehmen, davon 28 Millionen für Darlehen an die Reichsbahnverwaltung, 5,5 Mill. für Beteiligungen des Staats an der Elektrizitätsversorgung des Landes. Sobald der Anleihemarkt günstig ist, wird die Regierung mit einer Staatsanleihe herauskommen. Sie darf bei dem gesunden Kern der Staatsfinanzen auf guten Kredit und günstige Bedingungen rechnen.

Bezüglich der Gestaltung der Einnahmen im württembergischen Staatshaushalt sind wir von den Maßnahmen des Reichs abhängig. Ueber die Vorgänge im Reich und ihre Auswirkungen auf die Finanzen des württ. Staats läßt sich leider nichts Gutes berichten. Bei den großen Ueberweisungssteuern sind wir ungünstiger daran als früher. Durch die Lohnsteuerentlastung werden uns 4 Millionen entzogen, woran der Staat mit 2% und die Gemeinden mit 1% Millionen beteiligt sind. Diese einseitige Entziehung von Einnahmen ist schon deshalb sachlich nicht begründet, weil durch die Politik des Reichs zwangsläufig auch die Ausgaben von Staat und Gemeinden steigen wie bei der letzten Befoldungsreform. Der Biersteueranteil Württembergs wird erst durch verfassungsänderndes Reichsgesetz oder die weitere Entscheidung des Staatsgerichtshofs festzustellen sein. Die Steuervereinfachung würde in Württemberg zu einer außerordentlichen Lastenverschiebung führen, die die gesunde Ordnung der Finanzen in Staat und Gemeinden und das ganze wirtschaftliche Leben erschüttern würden.

Der Minister befahte sich weiterhin mit der Eisenbahn- und Postabfindung. Die Reichsregierung bewertet den Anspruch Württembergs aus der Post nach privatrechtlichen Aufwertungsgrundsätzen auf 14,5 Millionen, während Württemberg nach dem Staatsvertrag mindestens 67 Millionen zukommen müßten. Früher hatte Württemberg aus der Post 9 Millionen Reinertrag. Jetzt liefert die Reichspost an das Reich 171 Millionen ab, davon würden auf Württemberg nach dem Verhältnis der Bevölkerung 7 Mill. entfallen. Die württ. Regierung lehnt es ab, auf einen Vergleich einzugehen, der dem württ. Staatshaushalt an Zinsen nur einen geringen Bruchteil von dem zahlen will, was das Reich selbst aus dem Unternehmen zieht.

Bezüglich der württ. Steuerpolitik betonte der Minister, daß Staat und Gemeinden in der Hauptsache nur noch Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern erheben können, daneben eine Gebäudeentlastungssteuer, dessen Gesamtaufkommen aber nach Reichsgesetz nicht zu Wohnungszwecken verwendet werden darf. Nach dem Steuervereinfachungsgesetz müßte vom 1. April 1930 ab in Württemberg die Gebäudeentlastungssteuer auf das Doppelte erhöht werden. Oberstes Ziel jeder Steuerpolitik muß eine Senkung der Steuern sein. Es ist erfreulich, daß auch im Staatshaushalt für 1929 die Senkung der Staatssteuern von Grund-, Gebäude- und Gewerbe um 8 Millionen durchgehalten werden konnte. Eine wirkliche Entlastung ist erst möglich, wenn der Versailler Friedensvertrag geändert wird. Notwendig ist vor allem der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage.

Bezüglich des internen Lastenausgleichs und des Verhältnisses von Staat und Gemeinden ist besonders zu sagen, daß über die Verteilung der Schullasten vielfach irrige Meinungen bestehen. Die Schullastenverteilung ist in Württemberg für die Gemeinden günstiger als in Preußen. Notleidende Gemeinden werden in Württemberg aus dem Schullastenfonds mit 2,5 Millionen entlastet. Die höhere Belastung der Gemeinden rührt nicht vom Schullastengesetz her, sondern davon, daß die Lehrerbefoldungen seit 1924 von 25 Mill. auf 54 Mill. gestiegen sind. Die Belastung der Lehrer trägt der Staat ganz. Die Finanzlage und Leistungsfähigkeit der Gemeinden in Württemberg sind außerordentlich verschieden, in großen Städten ist sie verhältnismäßig günstig, in Stuttgart befindet sich die Finanzwirtschaft nach Angabe des Stadtvorstands „in allerbesten Verfassung“. Am schwierigsten sind die Landgemeinden daran, und deshalb geht auch das Bestreben dahin, ihre Steuerlasten zu erleichtern und gerecht auszugleichen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß keinerlei Anhaltspunkt dafür vorhanden ist, den Abmangel von 9,9 Millionen im Verlauf des Rechnungsjahres auszugleichen. Um so notwendiger ist, daß das Reich die Zinsen und Tilgungsbeträge für die Abtretung der württ. Post zahlt. Ein Blick in die Zukunft zeigt, daß wir vor einem Wendepunkt in den Staatsfinanzen



siehen, denn die Restmittel sind jetzt zu Ende. Wer weitere Ansprüche an den Staat stellt, der hat dann auch die Verantwortung einer Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer oder der Gebäudeentlastungssteuer auf sich zu nehmen. Der muß sich aber auch darüber klar sein, daß er mit einer Steuererhöhung die Kraft, Selbständigkeit und Lebensfähigkeit des württ. Staates schwächt und die württ. Wirtschaft in dem Wettbewerb mit den anderen Ländern schädigt.

### Die Aussprache

Abg. Keil (Soz.) eröffnete in der Sitzung vom Mittwoch die allgemeine Aussprache zum Staatshaushalt. Er wandte sich hauptsächlich gegen die Ablehnung der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie. Der Etat ist ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Regierungspolitik und zeigt, daß die ganze Verwaltung stinkt. Neu sind nur die 2 Millionen für den Luftschiffbau. Diesen muß auch das Reich unterstützen. Der Neubau der Technischen Hochschule ist im Etat gar nicht erwähnt. In der Heranziehung des Reichsparkommissars liegt ein Bekenntnis des eigenen Unvermögens. Die Regierungsverhältnisse in Württemberg sind unhaltbar. Wenn eine Regierung staatsrechtlich und politisch so umstritten ist wie die gegenwärtige, dann muß die Vertrauensfrage gestellt werden. Das staatliche Leben stinkt in Württemberg. Wenn das Urteil des Staatsgerichtshofs durchgeführt wird, so gesteht sich die Lage der Regierung noch unsicherer. Die Regierung zeigt kein Verständnis für die Belange der Arbeiterschaft. Ihr Ansehen im Reichsrat sinkt täglich mehr. Das Zentrum ist schuld daran, wenn die Regierung kein Bekenntnis zur Republik ablegt und wenn die Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Regierung zurückgewiesen wird. Dadurch wird die Sozialdemokratie gezwungen, den Klassenkampf verschärft zu führen. Das Zentrum habe unter den 17 Mitgliedern seiner Fraktion nur 2 Arbeiter. (Zurufe: Wieviel Arbeiter haben denn Sie in Ihrer soz. Fraktion? Heiterkeit.) Das Zentrum darf nicht glauben, daß es für alle Zeiten die Schlüsselstellung besitzen werde. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist nur durch die Hege des Bauernbunds entstanden. Einen etwaigen Bürgerblock wird die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfen.

Abg. Dr. Widder (S.P.): Dieser Etat zeigt wieder einmal die Wirkungen des Umsturzes. Wir sind bereit, mit den Demokraten eine Regierungsgemeinschaft einzugehen. Dagegen von der Partei des Klassenkampfes und der Kirchenfeindlichkeit wollen wir nichts wissen. Die Demokratie muß jetzt Farbe bekennen, ob sie eine Freundin des Mittelstandes ist. Eine Regierung von der Rechte bis zu der Demokratie unter Ausschluß der Marxisten würde ein Segen werden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für alle Wirtschaftskreise. Bei der Reichsreform muß Preußen das Herz von Deutschland bleiben. Die sozialistische Herrschaft in Preußen wird vorübergehen. In der Schullastverteilung billigen wir die Haltung der Regierung. In Preußen sind die Schulgelder viel höher. Die sachlichen Ausgaben im Etat erkennen wir als berechtigt an. Es rächt sich, daß früher für die Hochschule zu wenig getan wurde. Trotz aller Not der Zeit hat die Regierung für die kulturellen Bedürfnisse alles getan, was möglich war. An die Lehrerbildungsfrage muß behutsam herangegangen werden. Eine blühende Landwirtschaft wird stets die beste Abnehmerin für die Industrie sein. Die Förderung der Landwirtschaft liegt daher im Interesse der Industrie und der Arbeiter. Die Wohnungszwangswirtschaft muß endlich ihrem Ende entgegengeführt werden. Die Sozialfürsorge hat sich mehr zu einem Machtinstrument der soz. Gewerkschaften ausgebildet als zu einer segensreichen Einrichtung für die Arbeiter. Der Regierung sprechen wir volle Anerkennung aus. Besonders danken wir unseren beiden Ministern Bazille und Dehlinger, über die Räbel von Haß ausgeschüttet wurden. Während der Revolution habe ich beim Generalkommando miterlebt, wie die Arbeiter von den Sozialdemokraten versöhnt worden sind. Wenn ein Mann schweigen muß, so ist es Herr Keil. Der Vorwurf des Landesverrats ist berechtigt gegen eine Partei, die keine Pflichten gegen Land und Volk, sondern nur Pflichten gegen das Proletariat kennt. Da sind mir die Kommunisten schon lieber, die offen und gerade sagen, was sie wollen. Die Rede des Abg. Keil gegen das Zentrum war unklug, denn die Sozialdemokratie hat unter ihren 22 Abgeordneten nicht einen einzigen, der wirklich noch Arbeiter ist, während das Zentrum wenigstens zwei hat. (Zuruf links: Wir sind Arbeitervertreter.) Das bin ich auch. Die Annahmen des Abg. Keil muß ich entschieden zurückweisen.

Abg. Vock (Str.): Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß die acenwärtige Regierungspolitik so schwarz

gemalt wird. Alle Vorwürfe sind nur saule Eier. Seit das Zentrum in Württemberg die Große und die Weimarer Koalition ablehnt, singt die Opposition nach dem Lied: Es ist alles dunkel, alles trüb, seit mein Schatz einen andern liebt. (Große Heiterkeit.) Bei der Befehung von Beamtenstellen ist von den Zentrumsministern stets sachlich und nicht parteipolitisch vorgegangen worden. Bei dem 8. Schuljahr macht man aus einer Mücke einen Elefanten. Es war kein Fehler, in der Lehrerbildungsfrage eine abwartende Stellung einzunehmen. Die Erfahrungen anderer Länder waren nicht immer gut. Die Leistungen des württ. Staats auf dem Gebiet des Finanzangleichs können sich sehen lassen. Trotz der rüchlich eingestellten Reichsregierung besteht Gebäudeentlastungssteuer, die eine einseitige, unerträgliche Belastung ist, immer noch. Die württ. Sozialdemokratie mag eine Wallfahrt zum sozialdemokratischen Reichsfinanzminister machen, damit er diese Steuer abbaue. In Württemberg herrschen keineswegs Zustände, die eines Rechtsstaats nicht mehr würdig wären. Für das Streben der Sozialdemokratie nach Teilnahme an der politischen Macht hat das Zentrum volles Verständnis. Das Zentrum ist zu jeder Koalition, auch mit Sozialdemokraten und Kommunisten, wenn sie sich erst bekehrt haben, bereit. Daß die Sozialdemokratie seinerzeit aus der württ. Regierung austrat, war die größte politische Dummheit. Die Gründe für die jetzige Koalition bestehen fort. Erst seit die Opposition herausgefunden habe, daß sie mit einem Mißtrauensvotum die Regierung nicht stürzen kann, fordert sie, daß die Regierung einen Vertrauensantrag stelle. Das ist aber nicht erforderlich.

Stuttgart, 16. April. Die Geschäftslage des Landtags. Landtagspräsident Pflüger hat der Anregung des Staatspräsidenten Dr. Vock, der Landtag möge bei den kommenden Beratungen sich auf die erste Befugnis des Etats beschränken, dadurch Rechnung getragen, daß er die übrigen Beratungsgegenstände, so die zweite Beratung des Gesetzes über das Anerknenrecht, von der Tagesordnung abgesetzt hat. In dieser Woche findet also nur die allgemeine Aussprache zum Etat statt, die bis Samstag zu Ende geführt wird. In der nächsten Woche beginnt dann der Finanzausschuss mit der Einzelberatung.

Ein Antrag auf Auflösung des Landtags. Die Kommunisten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Bälde, spätestens bis Ende Mai, einen Tag zur Neuwahl des Landtags zu bestimmen. Mit diesem Tag gilt der am 20. Mai v. J. gewählte Landtag als aufgelöst.

### Neue Nachrichten

#### Weitere Entlastung des Arbeitsmarkts

Berlin, 17. April. In der Zeit vom 15. bis 31. März ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge um rund 440 000 (rund 19 v. H.) zurückgegangen. Ende März standen in Unterstützung bei der Arbeitslosenversicherung 1 456 000, in der Sonderfürsorge 428 000, zusammen 1 885 000 Hauptempfänger. In der Krisenunterstützung hat dagegen die Zahl von 177 000 auf 192 000 zugenommen.

#### Die preussische Gewerbesteuerreform abgelehnt

Berlin, 17. April. Der preussische Landtag hat in wiederholter Abstimmung (der Staatsrat hatte gegen die Annahme des Gesetzes Einspruch erhoben) die Vorlage des Gewerbesteuergesetzes mit Einbeziehung der freien Berufe abgelehnt. Infolge des Einspruchs war Zweidrittelmehrheit (266 von 400 abgegebenen Stimmen) erforderlich. Mit Ja stimmten 232, mit Nein 167 Abgeordnete. Dafür waren Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion, die übrigen Regierungsparteien waren gespalten; dagegen stimmten Deutschnationale, Bölkische und Kommunisten.

#### Rücktritt der thüringischen Regierung

Weimar, 17. April. Die Regierung ist zurückgetreten.

**Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**

weil die zu den Regierungsparteien zählende Wirtschaftspartei die Erhöhung der Mietzinssteuer ablehnt.

#### Das Urteil im Weidenfester-Prozess

Jhehoe, 17. April. In dem Prozess gegen die Weidenfester Bauern, die sich gegen die Pfändung von Vieh wegen rückständiger Steuern aufgelehnt hatten, sprach das Gericht heute das Urteil. Die Angeklagten Heinrich Koch und Albert Kuhl werden zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem werden zu je 6 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und Zahlung einer Geldbuße von 150 Mark 23 Angeklagte verurteilt. Der Angeklagte Hansen wird zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt, an deren Stelle zehn Tage Gefängnis treten würden. 32 Angeklagte werden freigesprochen. Das Gerichtsgebäude war von einer starken Abteilung Schutzpolizei und Gendarmerie bewacht.

#### Eine deutsche Gegen-Denkschrift

Paris, 17. April. In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz erklärte sich Dr. Schacht bereit, innerhalb 24 Stunden eine wirtschaftliche Denkschrift vorzulegen, in der auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit Zahlungsvorschläge gemacht werden sollen. Die Zahlungsfähigkeit könne aber nur für das laufende und vielleicht die nächsten Jahre ziffernmäßig ausgedrückt werden, aber nicht für eine längere Reihe von Jahren.

Nach einer Washingtoner Meldung der „Chicago Tribune“ soll die amerikanische Regierung die Anregung Owen Youngs, auf die rückständigen 1400 Millionen Besatzungskosten zu verzichten, abgelehnt haben.

Wer hat denn die Amerikaner und die andern Verbündeten überhaupt geheißt, nach dem Krieg deutsche Gebiete zu besetzen!

Haas will erfahren haben, daß die Sachverständigen mit den Vertretern der an der Regelung interessierten, aber auf der Konferenz nicht vertretenen Mächte Fühlung nehmen würden. Nach dem „Echo de Paris“ soll Südslavien bereits erklärt haben, daß es keine Herabsetzung seiner Ansprüche zulassen würde, die über die von den vier Abordnungen für eigene Rechnung vorgenommenen Opfer hinausgehen würden.

Damit soll selbstverständlich ein Druck auf die deutsche Abordnung ausgeübt werden.

#### Die Genfer Abrüstungskomödie

Genf, 17. April. Die beinahe höhnische Ablehnung der Beschlüsse des Grafen Bernstorff, die übrigens ziemlich unsicher vorgebracht wurde, durch den „Vorbereitenden Ausschuss“ hat bereits deutlich gezeigt, daß die große Mehrheit des Ausschusses nicht geneigt ist, sein bisheriges Verfahren zu ändern. Litwinow erklärte darauf, daß man den russischen Abrüstungsvorschlag offenbar nur deshalb als ersten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe, um ihn leichter ablehnen zu können. Der chinesische Vertreter brachte einen Antrag ein, daß die stehenden Volkshere abgelaßt werden sollen.

Einen überraschenden Vorschlag machte die türkische Abordnung. Danach soll für die praktische Berechnung des Abrüstungsstands bei völliger Gleichberechtigung der Mächte die Stärke derjenigen Streitkräfte zur Grundlage genommen werden, die eine Großmacht zu ihrer berechtigten Verteidigung gegen einen unvorhergesehenen Ueberfall für notwendig erachtet. Alle dieses Maß überschreitenden Streitkräfte sollen als Angriffsarmee bezeichnet und abgebaut werden. (Nach dem Antrag müßten z. B. Frankreich und Italien in gleichen Rüstungsstand haben.)

Der in Südgeorgien (im südlichen Eismeer) stationierte englische Walfischdampfer „Südliches Kreuz“ ist seit sechs Tagen verschollen. Er hatte zwölf norwegische und einen englischen Matrosen an Bord. An der Küste sind Wrackstücke eines Schiffs angeschwemmt worden.

#### Die Schweiz verweigert den sowjetrussischen Handelsdelegierten die Aufenthaltserlängerung

Bern, 17. April. Das Gesuch des sowjetrussischen Staatsangehörigen David Kehler von der Handelsabteilung der sowjetrussischen Volkswirtschaft in Paris zur Verlängerung seines Aufenthalts in der Schweiz ist von den Bundesbehörden abgewiesen worden, weil Kehler sich geweigert hat, die von ihm verlangte schriftliche Zusicherung abzugeben, sich während des beabsichtigten Aufenthalts in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

### Laura bei den Zigeunern im Schwarzwald

Aus „Schillers Heimatjahre“ von Hermann Kurz

Für Zeitungsdruck bearbeitet

Uebereinstimmend Verlag der Deutschen Glocke Ulm a. N.

VII.

„Tut nichts“ sagte Heinrich mit einem bitter-süßen Lächeln, „das ist mir in meiner Junggesellenwirtschaft auch schon vorgekommen, ich muß mir eben etwas mehr Milch zugießen.“ Er nahm das Schüsschen, das statt der Tasse diente, an den Mund, setzte es aber nach dem ersten Schluck wieder ab und sprang schnell ans Fenster.

„Was ist denn schon wieder?“ rief der Pfarrer. Heinrich deutete sprachlos auf den Kaffee. Der Pfarrer kostete ihn ebenfalls, verzerrte das Gesicht und spuckte ihn mitteln ins Zimmer. „Pui Teufel“ rief er, „was ist das für ein Geschmack? Das kommt nicht vom Kaffee. Ich habe doch meiner Frau eine genaue Anweisung gegeben, wie sie ihn machen sollte.“

Er ging hinaus, um sich zu erkundigen, kam aber gleich wieder herein und konnte vor Lachen kaum reden. „Das gute Weib“, rief er, „die meinst's besser mit dir, als du dir träumen lässest. Für einen Herrn vom Hof und meinen speziellen Freund wollte sie ein fertiges tun und hat den Kaffee — geschmälzt! Sieh, die Fettsaugen schwimmen drauf umher! Schmälzen ist das Höchste, was sie weiß und mehr oder weniger Schmälz, das ist hierzulande das Maß der Achtung, welche man einem Besuch erzeigen will.“ Der Pfarrer fuhr fort zu lachen, Heinrich aber, von diesem Beweise des guten Willens gerührt, ging in die Küche, wo er die Pfarrerin beschäftigt fand, die Schmälzpfanne wieder zu reinigen, und lobte die Zubereitung des Kaffees; in manchen Gegenden des Landes, sagte er, sei diese Methode gebräuchlich, er aber sei unglücklicherweise in der andern, in der ungeschmälzten, erzoogen und daher nicht imstande, den Kaffee zu trinken,

Er ließ sich eine andere Schüssel geben, ging wieder in die Stube und hielt sich an die Milch, die er sehr schmachhaft fand.

Gleich darauf wurde der Pfarrer hinausgerufen und kam nach einem kurzen Zwiegespräch zurück mit den Worten: „Lieber Freund, du mußt du uns auch wieder etwas zugute halten! Meine Frau will jetzt den Boden aufwaschen, es geschieht größtenteils dir zu Ehren, wir wollen ihr den Spaß nicht verderben, sie wird sonst konfus; der heutige Tag macht ohnehin Epochen in ihrem Leben. Ich will dir deshalb einen Vorschlag machen“, fuhr der Pfarrer fort, „wollen wir nicht ins Wirtshaus gehen? Wir haben eine kleine Stunde und treffen leidlichen Wein, vielleicht sogar geistliche Gesellschaft.“ Einem guten Tropfen nicht abhold — war Heinrich sofort einverstanden.

Sie verließen das Haus. Unten betrachtete Heinrich die Konstruktion der Tür und bemerkte: „Du wohnst aber doch in gar zu glücklicher Sicherheit! Das letzte Haus im Dorfe, die Tür fast unüberwahr, die Gegend abgelegen und die Grenze nicht allzu weit.“

„Es ist mir auch nicht ganz wohl bei der Sache“, versetzte der Pfarrer. „Ein paar silberne Köffel finden sich immerhin zum Stehlen, und ich habe deshalb vor längerer Zeit ans Konsistorium geschrieben, man solle mir ein Schloß an die Tür machen lassen; bis sie sich aber dort resolvieren haben, kann ich mit meiner ganzen Familie gestohlen sein.“ Darauf erzählte er allerlei Geschichten von den Zigeunern und ihrem Anführer Hannikel. „Vor einem Jahr“, sagte er, „begegnete ein Förster im Walde einem unbekannten Waldmann, mit dem er, als derselbe sich ziemlich genügend ausgewiesen hatte, in ein vertrauliches Gespräch geriet. Zuletzt hat ihn der Fremde um ein Darlehen, da er in einer vorübergehenden Verlegenheit sei. Der Förster gab ihm, was er eben bei sich hatte, einen Zaler. Als er abends nach Hause kam, traf er ein Briefchen an, das ich selbst nachher gelesen habe. Es lautete etwa folgendermaßen: Lieber Freund! Sie haben schwerlich gewußt, mit wem sie heut' im Walde gesprochen haben. Zum Dank für Ihre Freundlichkeit gegen einen Un-

bekanntem sollen Sie nie eine Ungelegenheit in Ihrem Keller haben. Lassen Sie mich das kleine Geschenk als ein Andenken an Sie behalten, und seien Sie immer versichert von der Erkenntlichkeit und Freundschaft Ihres Hannikel.“

„Eine gute Dichtung“, sagte Heinrich, „bei alledem kann ich nicht begreifen, wie ihr hier eine ruhige Stunde haben könnt.“

„Der Zigeunerherzog“, erwiderte Matthäus, „soll gegenwärtig dem Vernehmen nach anderswo wirtschaften. Uebrigens hält er sich nicht bloß bei uns auf, er ist auch drüben an der Alb und sonst im Lande wohlbekannt. Man gewöhnt sich an so was wie an einen Leibschaden; gibt es ja doch Leute, die ruhig am Fuße des Keina wohnen.“

Sie gingen im Talgrunde fort, kamen über einen Bach, den man vom Walde schäumend herunterstürzen und ruhig im Tale fortgleiten sah; dann führte der Pfad über einen mäßigen Hügelrücken, an welchem eine Fahrstraße vorüberzog und ein einjames Wirtshaus als Station für die Reisenden lag.

Dort trafen sie zu Heinrichs Erstaunen einen sehr trinkbaren Wein. „Das ist schon kein Württemberger mehr“, sagte der Pfarrer. „Hier herum trifft du lauter Rheinwein, nicht gerade von der ersten Sorte, aber dafür desto wohlfeiler. Komm, das erste Glas der schönen alten Zeit!“ — Sie stießen an, und bald war alles andere vergessen und verdrängt durch Univeritäts- und Studien- und andere hervorgeworfene. „Und weist du auch noch?“ — „Ja, und damals.“ — „Du warst ja auch dabei!“ — „So ging es Schlag auf Schlag. Dann tauchten die lustigen Trinklieder wieder auf, die eine so kindliche frohe Stimmung mit sich bringen.“

Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, daß die Nacht schon stark hereingebrochen war, als der Pfarrer endlich auf den Rückzug dachte. Der Himmel hatte sich bewölkt, und es war sehr finstern. Sie nahmen einen Bauer, der ihnen mit der Laterne vorleuchtete mußte.

(Fortsetzung folgt.)



### Schließung der Universität Doledo

Madrid, 17. April. Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung, durch welche die Universität Doledo geschlossen wird.

### Verchiebung der Räumung Schantung

Tokio, 17. April. Reuter meldet, die Regierung habe nach einer Konferenz führender Beamter beschlossen, die Genehmigung des Kaisers für die Verchiebung der Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schantung einzuziehen. Das soll mit Rücksicht auf wiederholte Gesuche der chinesischen Nationalisten geschehen, die erklärten, daß sie augenblicklich nicht in der Lage sein würden, die Sicherheit des Lebens und Eigentums der Japaner zu gewährleisten, wenn die japanischen Truppen zurückgezogen würden.

### Deutscher Industrie- und Handelstag

Berlin, 17. April. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hielt heute unter starker Beteiligung aller Wirtschaftskreise seine 49. Vollversammlung ab. Die Grüße und Glückwünsche der Reichsregierung übermittelte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er führte aus, es werde wohl verstanden werden, wenn er zu der Reparationsfrage keine sachlichen Ausführungen mache. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen handle es sich um die Lösung einer für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft, für die europäische Wirtschaft und den Wirtschaftsfrieden der Welt auf lange Zeit entscheidenden Frage. Alles hängt davon ab, daß die in Paris vereinigten Sachverständigen ihre Aufgabe als eine wirtschaftliche mit unpolitischer Sachlichkeit durchführen. In Paris dürfe es nicht darum gehen, nach Art eines Handelsgeschäfts über die Höhe von Forderungen und Schulden zu markten, sondern um die gemeinsame Behebung einer die ganze Welt bedrückenden Wirtschaftskrise durch dazu berufene Sachverständige.

Der Vorsitzende F. v. Mendelssohn gab ein Bild der Lage der deutschen Volkswirtschaft. Die Kapitalarmut verlangsamt die Rationalisierung, beenge die besonders für die Ausfuhr notwendigen Kreditierungsmöglichkeiten und führe zu einer außerordentlichen Zinshöhe. In der Kapitalarmut und Zinsüberlastung liege mehr oder weniger der Schlüssel zur Erklärung aller inneren Erscheinungen der Wirtschaft.

### Württemberg

Stuttgart, 17. April. Um die Regierungserweiterung. Gestern vormittag verhandelten im Landtag Vertreter der Regierungsparteien (Deutschnationale und Zentrum) mit den übrigen Landtagsfraktionen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten, über die Frage der Erweiterung der Regierung mit dem Ziel der Bildung einer Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Am Nachmittag berieten die einzelnen Fraktionen unter sich. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

ep. Zusammenritt des Evang. Landeskirchentags. Nach einer Berordnung des Kirchenpräsidenten ist der Zusammenritt des Landeskirchentags auf Montag, den 13. Mai bestimmt worden. Gegenstand der Verhandlungen wird insbesondere der Gesetzentwurf über Aenderung des Wahlgesetzes sein, in dem die völlige Beseitigung der Erlaubniswahl durch eine gleichzeitige Wahl der Abgeordneten und ihrer Ersatzmitglieder vorgezogen ist. Für die Wahlen in Stuttgart, das bis jetzt eine einfache Mehrheitswahl in zwei getrennten Bezirken hatte, ist die Einführung der Verhältniswahl vorgeschlagen.

ep. Die erste evang. Theologin ist am 15. April in den Dienst der Landeskirche Württembergs eingetreten. Als Dienstaufgabe für die Theologinnen ist in erster Linie die Erteilung von Religionsunterricht an den Mädchenschulen in Aussicht genommen.

ep. Stuttgarter Jugendgerichtshilfe im Jahr 1928. Wie der „Evangelische Jugenddienst“ bekannt gibt, betrug die Gesamtzahl der Jugendlichen, die die Stuttgarter Jugendgerichtshilfe i. J. 1928 beschäftigt hat, 398 gegen 360 im Vorjahr. Es befinden sich darunter aber 166 Einstellungen gegen 138 im Vorjahr, so daß die Zahl der zur Aburteilung Kommenden sich nur um 10 erhöht hat, nämlich von 222 auf 232. Davon sind 198 männliche und 34 weibliche Jugendliche. Die Arbeit an den Minderjährigen (18—21 Jahre) hat sich etwas ausgedehnt. Es kamen der Jugendgerichtshilfe 118 Fälle zur Kenntnis gegen 77 im Vorjahr. Erhöht ist die Zunahme der Zuhälterei bei den Minderjährigen. Vereinzelt ist sie sogar schon bei Jugendlichen vorgekommen, während aus früheren Jahren nicht ein einziger solcher Fall der Jugendgerichtshilfe bekannt wurde.

Reichshaushalt und Zeppelinhalle. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstags über den Kompromiß der Sachverständigen der Parteien ist nun offenbar ein Weg gefunden, der es ermöglicht, die Einsparungen für die Luftfahrt herauszuwirtschaften, ohne daß der Zuschuß des Reichs für den Bau der Zeppelinhalle in Friedrichshafen einfach wegfiele.

Fünfte Landesmaß- und Schlachtviehschau. Unter der Schirmherrschaft des Staatspräsidenten Dr. Baiz wird vom 19. bis 22. April in Stuttgart von der Württ. Landwirtschaftskammer und der Direktion des Städt. Vieh- und Schlachthofs die 5. Landesmaß- und Schlachtviehschau, verbunden mit einer Schau von Fleisch- und Wurstwaren, geschlachtetem Geflügel und Eiern, veranstaltet. Gleichzeitig findet eine Getreideschau und eine Messe für Maschinen, Geräte und andere Bedarfsgegenstände für die Landwirtschaft und das Fleischergerwerbe statt.

Freispruch. Im Oktober v. J. war in der Schützenstraße eine fünfköpfige Familie, die Eltern und drei Kinder, infolge von Gasvergiftung tot aufgefunden worden. Man gab die Schuld dem Monteur, weil er den Anschluß eines Gasherdes fehlerhaft gemacht hatte. Dieser Monteur hatte sich nun vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Das Urteil lautete wie in der ersten Instanz auf Freispruch.

### Aus dem Lande

Wangen bei Stuttgart, 17. April. Uebersahren. Gestern morgen wurde bei der Landesfahrschule der mit einem Handwagen in Richtung Stuttgart fahrende 67jährige Weingärtner Karl Jondler, als er ein anderes Fuhrwerk überholen wollte, von einem hinter ihm kommenden Straßenbahnzug überfahren. Der Schwerverletzte wurde sofort in das Karl-Olga-Krankenhaus verbracht; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Hohenheim, 17. April. Von der Landwirtschaftlichen Hochschule. Der Staatspräsident hat die außerordentliche Professur für Physik, Meteorologie und Klimatologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim dem Privatdozenten Dr. Baß an der Universität Tübingen übertragen und ihm für seine Person die Rechte eines ordentlichen Professors verliehen.

Tübingen, 17. April. Kein Ausbau der Mädchenrealschule. Mit 21 gegen 2 Stimmen hat sich der Gemeinderat gegen den Ausbau der Mädchenrealschule ausgesprochen.

Badnang, 17. April. Von der höheren Schule. Das Kultministerium hat den Standpunkt der Ministerialabteilung für die höheren Schulen, die am 28. März die Errichtung der 9. Klasse abgelehnt hat, bestätigt. Die meisten Schüler werden nun die 9. Klasse an der Wilhelmsrealschule in Stuttgart besuchen. Ein Teil der Schüler muß aber auf den weiteren Schulbesuch verzichten.

Gmünd, 17. April. Die Mädchenrealschulfrage. Im Gemeinderat wurde der Entwurf der vorbereitenden Kommission betreffs der Mädchenrealschulfrage nach geringen Abänderungen in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Gmünd erhält dadurch eine simultane Mädchenrealschule.

Weinsberg, 17. April. Selbstmord durch Erschießen. Vergangene Nacht hat sich vor der Türe seiner Behausung ein älterer, vor nicht allzulanger Zeit aus Berlin zugezogener Mann erschossen. Der Grund der Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Schramberg, 17. April. Der erste Auerhahn. Im Revier von Paul Landenberger hat J. B. Neumaier einen prächtigen Auerhahn geschossen.

Frecher Diebstahl. Hier wurde von einem etwa 25jährigen Handwerksburschen ein Motorrad gestohlen und dieser fuhr mit Vollgas davon. Der freche Dieb wurde von einem Auto verfolgt, das ihn aber nicht einholen konnte und die Spur in Sulgen verlor.

Hüttisheim, O. L. G. 17. April. Vom Pferd geschlagen. Als der Landwirt Sedelmayer die Pferde anschnitten wollte, schlug eines der Tiere aus und traf Sedelmayer so unglücklich, daß die linke Gesichtshälfte erheblich verletzt wurde.

Ochsenhausen, 17. April. 1000 Mark gestohlen. In der Nacht auf 14. April sind dem Rechner der Molkereigenossenschaft über 1000 Mark gestohlen worden. Es war keine Spur zu beobachten, die einen Einbruch erkennen läßt.

Zwiefaltendorf, O. L. Riedlingen, 17. April. Keine Störche jäger. Zu der Meldung, daß Zwiefaltendorf für Störche eine gefährliche Gegend sei, wird festgestellt, daß die Störche nicht abgeschossen worden sind. Einer davon hatte eine ganze Forelle im Hals stecken und dürfte an dieser erstickt sein. Auch wurden an den anderen keine Schußwunden vorgefunden.

Vom bayer. Allgäu, 17. April. Verschüttet. Der 48 J. a. Tagelöhner Franz Josef Haslach von Bächlingen wurde in einer Kiesgrube durch herabstürzende Erdmassen verschüttet, so daß er ausgegraben werden mußte. Haslach ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen; er hinterläßt eine Frau und 7 Kinder.

Aus Bayern, 17. April. Ein trinkfester Bierfahrer. Der Bierfahrer und Brauereiarbeiter Hermann Hager aus Thalling hat während seiner 30jährigen Tätigkeit nachweisbar 240 000 Flaschen Bier getrunken, das sind 1200 Hektoliter oder 15 volle Eisenbahnwagen. Obwohl der Trinkfeste sich noch „bester Gesundheit“ erfreut, möchte man bezweifeln, ob die 240 000 Flaschen Bier den geplagten Körper nicht doch etwas angegriffen haben.

Beuron in Hohenz., 17. April. Raubüberfall. Auf seinem Bestellsung nach Buchheim (Amt Heßlich) wurde der Landrieftreger Alber von hier in der Nähe des Steighofs von zwei Landstreichern angefallen. Alber konnte sich der Räuber erwehren, erlitt jedoch Verletzungen am Kopf. Auf seine Hilferufe stoben die Täter ohne Beute in Richtung Buchheim.

Die Kropfbekämpfung in Württemberg. Auf der Tagung des Württ. Medizinbeamten-Vereins sprach Ministerialrat Dr. von Scheuren über die Kropfbekämpfung in Württemberg. Insgesamt wurden 244 442 Schulkinder untersucht, von denen nur 68,65 Prozent kropffrei waren. Am stärksten war die Kropfhäufigkeit in den Buntsandsteingebieten des Schwarzwalds, den Keuper- und Muschelkalkgebieten des Unterlandes und der Jungmoräne des Oberlandes. In den Oberämtern Freudenstadt, Nagold, Calw und Neuenbürg haben 78—86 Prozent Schulkinder Schilddrüsenanschwellungen und über 10 Prozent einen ausgesprochenen Kropf. Die Jura-Bezirke Neresheim, Heidenheim, Ulm, Gelsingen, Nürtingen und Balingen sind ausgesprochen kropffarm. Nachteile von der Jod-Abgabe wurden nirgends beobachtet, doch stellten sich bei Wegfall der wöchentlich verabreichten Jodtabletten die Schilddrüsenanschwellungen nach wenigen Monaten wieder ein. Die Gegenden, die mit Landeswasser versorgt werden, zeigten eine Abnahme der Kropfsteuere.

ep. Pfingstmontag in Speyer. Wie der heftige Festausschuss, der die 400-Jahrfeier der Protestation zu Speyer am Pfingstmontag dieses Jahres vorbereitet, bekannt gibt, liegen aus Hessen nunmehr etwa 4000 Anmeldungen für Speyer vor. Die Teilnehmer aus dem unbesetzten Gebiet müssen mit Ausweisen versehen sein, die meist von den Pfarrämtern ausgestellt werden. Da unter den 14 Städten, die an der Protestation vor 400 Jahren beteiligt waren, auch die schwäbischen Reichsstädte Nördlingen, Ulm, Heilbronn, Reutlingen und Isny damals mit unterzeichnet haben, wird auch aus Württemberg eine Anzahl Besucher nach Speyer gehen. Anmeldungen werden vom Evang. Bund (Mollkestraße 18, Stuttgart) entgegengenommen.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gegen den 18. Januar. Der preussische Ministerpräsident Braun hat auf eine Anfrage im Landtag erklärt, er habe in einem Erlaß an den Kultminister Becker erlucht, künftig die sogenannte Reichsgründungsfeier am 18. Januar an den Hochschulen zu unterbinden und diese Feiern auf den 11. August (Weimarer Verfassung) zu verlegen.

„Heilige Liga“. Großfürst Kyriell, der Anwärter auf den Zarenthron, hat die Anregung ergehen lassen, daß alle nach dem Krieg ihrer Throne beraubter Herrscher sich zu gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen und in einem Bund „Heilige Liga“ die Wiederherstellung der Monarchie in Europa anstreben sollen.

### Das Wunder von Komersreuth

München, 16. April. Vor dem Amtsgericht München-Au begann gestern die Verhandlung über eine Beleidigungsklage des praktischen Arztes Dr. Edward Aigner, früher in München, jetzt in Freiburg im Breisgau, gegen den Schriftsteller Friedrich Ritter von Lamina in Füssen und über die Widerklage Lamias gegen Aigner. Der Sachverhalt ist folgender: Dr. Aigner war im Mai v. J. in Erfurt als Sachverständiger geladen in der Verhandlung gegen den Schriftleiter Otto Thomas in Jena wegen Gotteslästerung. Sein dabei abgegebenes Gutachten war in der in Jena erscheinenden „Neuen Zeitung“ teilweise veröffentlicht worden, und er hatte darin gegen das Wunder von Komersreuth und dessen Darstellung in einem Buch des Schriftstellers v. Lamina in Füssen (im Allgäu) Stellung genommen. Herr v. Lamina erwiderte sehr scharf in einem Artikel im „Bayerischen Kurier“. Die Folge waren die Beleidigungsklagen. Zu der Verhandlung sind Kläger und Gegenkläger mit ihren Rechtsanwälten erschienen. Als Zeugen sind geladen Sanitätsrat Dr. Seidel von Badsoffen und Professor Ewald aus Erlangen, die beide schon mit der Angelegenheit der Theresie Neumann befaßt waren.

Zu Beginn der Verhandlung erklärte Dr. Aigner, daß er bei den Komersreuther Vorgängen nicht an einen beachtlichen Betrug glaube; es liege pathologische Stigmatisierung durch Auto suggestion vor. Als erster Zeuge sagte Sanitätsrat Seidel aus, er könne sich nur so weit äußern, wie es sein ärztliches Berufsgeheimnis gestatte. Die Wundmale der Theresie Neumann seien zweifellos echt. Es handle sich um Stellen, die bluten, aber nicht um Wunden im chirurgischen Sinn. Für die Zeit seiner Beobachtung stehe er persönlich dafür ein, daß die Neumann keine Verletzung zu sich genommen habe. Er sei aber auch überzeugt, daß dies in der übrigen Zeit, nämlich seit September 1927, nicht geschehen sei.

Professor Ewald sagte aus, er müsse eine Erörterung über die Stoffwechselfrage bei der Theresie Neumann ablehnen, solange nicht durch Beobachtung in einer Klinik eine zweifelsfreie Grundlage für die Nahrungslosigkeit gegeben sei. Daß ein Mensch gar nichts esse, aber Urin ausscheide und doch nicht an Gewicht verliere, sei mit allen bisherigen Vorstellungen und Erfahrungen unvereinbar. Daß es sich im übrigen um echte Stigmatisierung handle, gibt der Zeuge zu. Er halte es für unangemessen, wenn Theologen und Mediziner sich in der Angelegenheit bekämpfen, und sei überzeugt, daß die Wissenschaft mit der Zeit alles klären werde. Aber eine Beobachtung in einer neutralen Klinik sei unerlässlich.

Der Vorsitzende regte dann einen Vergleich zwischen den klagenden Parteien an. Es kam jedoch nach längerer Aussprache nicht dazu, so daß die Verhandlung weitergehen muß. Das Urteil wird am 27. April verkündet.

Polnisches Einreiseverbot für die Berliner Staatsoper. Auf Veranlassung der Deutschen Theatergemeinde in Rattowitz (Ostoberschlesien) sollte die Berliner Staatsoper dort einige Vorstellungen geben. Die polnische Behörde hat aber die Einreiseerlaubnis verweigert.

Zusammenstoß zweier Torpedo-Boote. Beim Antritt der Spanienreise stießen die beiden deutschen Torpedoboote „Möve“ und „Albatros“ zusammen und erlitten leichte Beschädigungen, so daß sie in den Hafen Wilhelmshaven zurückkehren mußten, um dort wieder instandgesetzt zu werden. Von der Besatzung ist niemand verletzt worden.

Ein Eisberg in der Ostsee. In der Nähe der dänischen Insel Moen (bei Seeland) treibt gegenwärtig in Richtung Rügen ein Eisberg von etwa 5 Kilometer im Geviert. Die Höhe wird mit 12 bis 13 Metern angegeben, da er einhalb Meter über die Wasseroberfläche hinausragt.

Sturm auf dem Atlantischen Meer. Auf dem Atlantischen Meer herrschten am 16. April schwere Stürme, die an der amerikanischen Küste verschiedenlich erheblichen Schaden verursachten. Im New Yorker Hafen sind einige kleinere Schiffe gesunken und ein Frachtdampfer auf eine Sandbank getrieben worden.

Schweres Eisenbahnunglück in Belgien. In Halle (Prov. Brabant) stieß am Mittwoch der Pariser D-Zug mit einem Güterzug zusammen, da der Lokomotivführer das Haltezeichen überfuhr. Die Lokomotive und mehrere Wagen, besonders die Postwagen, wurden schwer beschädigt oder zerstört. Geblieben wurden 11 Personen, darunter 5 belgische Postbeamte; verletzt sind, soweit bis jetzt bekannt, etwa 30 Personen, darunter vier belgische und ein französischer Postbeamter.

Die amerikanischen Auslandsdarlehen im Jahr 1928. Das Handelsamt in Washington berechnet die dem Ausland im letzten Jahr gewährten amerikanischen Darlehen auf 1 488 000 000 Dollar gegen 1 592 000 000 Dollar im Jahr 1927. Unter den Darlehensempfängern befindet sich Deutschland mit 292 Millionen, Kanada mit 237 und Argentinien mit 113 Millionen Dollars.

### Sendefolge der Südd. Rundfunk A.-G. Stuttgart

Freitag, 19. April:  
10.30: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichtenabend. 12.15: Schallplattenkonzert. 12.35: Röhren-Festspielchen. 13.00: Wetterbericht. Schallplattenkonzert. 13.45: Nachrichtenabend. 16.15: Nachmittagskonzert. 18.00: Konzert der Funktänze. 18.30: Vortrag: Bahische Reisebilder eines Engländer von 100 Jahren. 19.00: Vortrag: Nachrichten in der Bienenzucht. 19.30: Vortrag: Das Wetter der Woche. 19.45: Bellannabe. Wetterbericht. 20.00: Konzert. Anschließend: Viehschaffern, Nachrichtenabend. Sportbericht.

### Sport

Raketenflugversuche. In den Raab-Ragensteinischen Flugzeugwerken in Kassel wurden in den letzten Wochen Versuche mit einem Raketenflugzeug gemacht, die mit Erfolg durchgeführt werden konnten. Das Flugzeug wurde geführt von den Inhabern Raab und Ragenstein.

Ballonsandung. Der Freiballon Stragula des Württ. Luftfahrtverbandes, der am Sonntag vormittag 9.30 Uhr auf dem Cannstatter Wasen aufgestiegen war, ist um 2 Uhr nachmittags bei Rot am See glatt gelandet.

### Wetter

Die Wetterlage wird immer noch von einer Depression beherrscht. Für Donnerstag und Freitag ist unbeständiges, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Südwestdeutschland kommt jetzt wieder in den Bereich eines Hochdruckgebietes. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.





## Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 17. April, 4,213 G., 4,221 B.  
Dt. Abl.-Anf. 53,60.  
Dt. Abl.-Anf. ohne Ausl. 11,50.

Berliner Geldmarkt, 17. April, Tagesgeld 5,5—7,5 v. H., Monatsgeld 7,5—8,5 v. H., Warenwechsel 6,625 v. H.

Privatdiskont: 6,5 v. H., kurz und lang.

Die Einnahmen des Reichs an Besitz- und Verkehrssteuern betragen im Monat März in Millionen Reichsmark 271,9 und an Zöllen und Verbrauchssteuern 228,5, mithin insgesamt 500,4. Gegen den Februar ergibt sich eine Mindereinnahme von 103,4 für das gefamte Finanzjahr (1. April 1928 bis 31. März 1929) stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 6145,1 und 2877,6, mit hin insgesamt auf 9022,7. Gegenüber dem Voranschlag von 8862 bedeutet dies ein Mehrzukommen von 160,7.

1500 Tonnen neue Dollarheine. Das Papiergeldamt in Washington hat in diesen Monaten eine Arbeit zu bewältigen wie sie in diesem Umfang selbst während der schlimmsten Inflationszeit in Deutschland von keiner einzelnen Banknotenfabrik geleistet worden ist. Vom 1. Juli 1929 ab wird nämlich ein großer Teil der bisherigen unhandlich langen Dollarnoten zum Umtausch gegen neue Dollarheine aufgerufen. Es handelt sich insgesamt um etwa eine Milliarde Dollars. Die neuen Scheine sind etwa um ein Drittel kleiner und leichter als die alten. Durch ein besonders raffiniertes Herstellungsverfahren soll eine Fälschung der Noten, die vielfach vorgekommen ist, angeblich unmöglich gemacht werden. Bis jetzt sind nahezu 900 Millionen Dollars bei Tag- und Nachtarbeit fertiggestellt, die in den Gewölben des Bundesbankamts lagern. Die tägliche Herstellung beträgt 6 Tonnen. Die Gesamtmenge der neuen Scheine wiegt rund 1500 Tonnen (30 000 Zentner).

Schiedspruch in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Schlichters für Süddeutschland, Dr. Rimmich-Karlsruhe, hat im Lohnstreit der Schwarzwälder Uhrenindustrie folgenden Schiedspruch gefällt: 1. Das jetzige Lohnabkommen bleibt bis 31. Juni 1929 bestehen; 2. ab der Lohnwoche, die auf den 1. August 1929 folgt, erhöhen sich die Tariflöhne der einzelnen Berufsgruppen der Arbeiter um je 4 Pfennig, der Arbeiterinnen um 3 Pfennig. Die Löhne der Altersstufen innerhalb der Berufsgruppen bleiben in dem gleichen prozentualen Verhältnis wie bisher; 3. alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ständig im Zeitlohn arbeiten und nicht unter die Ziffer a und c des Kollektivabkommens fallen, erhalten, sofern ihr Stundenlohn den neuen Tariflohn erreicht oder um 2 Pfennige übersteigt, 2 Pfennige in der Stunde, sofern er den neuen Tariflohn um 3 bis 5 Pfennige übersteigt, einen Pfennig in der Stunde mehr.

Welle Herabsetzung des Kupferatellpreises. Das Kupferatell hat mit Wirkung ab 16. April den Verkaufspreis für Nordseehäfen auf 18,30 Cents ermäßigt.

Weitere Herabsetzung des Messingpreises. Nach Mitteilung der Vereinigung deutscher Messingwerke e. B. Köln wurden entsprechend dem gesunkenen Kupferpreis die Preise für Messingblech auf 165 RM, pro 100 Kilo, für Messingstangen auf 163 RM, mit Wirkung ab 17. April ermäßigt.

Bunte Herrenschuhe. Die Erfurter Schuhindustrie ist mit dem Frühjahrsgeschäft wenig zufrieden. In den Wochen vor Ostern wurde mit Arbeitszeiten bis zu 32 und 28 Wochenstunden heruntergearbeitet. Erst kurz vor Ostern hat sich das Geschäft in Herrenschuhen gebessert. Das Geschäft in Damenschuhen wurde hauptsächlich durch die Mode der Leberstühle außerordentlich beeinträchtigt, die mindestens zu 75 Prozent aus dem Ausland kommen. Die Normungsversuche in der Schuhindustrie haben bisher wenig Erfolg gehabt. Besonders in der Damenschuhfabrikation arbeiten die großen Schuhfabriken immer noch mit Hunderten von Modellen. Nun versucht es die Industrie

auch mit bunten Herrenschuhen. Die „große Mode“ sind hellfarbige Sommerstühle für Herren mit buntem Ausputz. So sieht man beige- oder rosafarbige Herrenschuhe mit rosa oder blauem Ausputz oder rote Schuhe mit schwarzen Abfäden, schwarzen Lederpapeln und schwarzen Sohlenschnitten. Der Handel ist bisher noch zurückhaltend in der Abnahme dieser reinen Modeware, da er nicht sicher ist, ob sie Anklang finden.

Luftverkehr in Südafrika. Das Luftfahrtamt der Südafrikanischen Union hat die Einrichtung eines regelmäßigen Luftdienstes genehmigt. Danach wird eine Hauptfluglinie von Kapstadt nach Port Elizabeth geschaffen, von der zwei Nebenlinien abzweigen: die eine nach East London und Durban, die andere nach Bloemfontein und Johannesburg. Der Luftverkehr richtet sich nach der jeweiligen Ankunft der Postdampfer. Die erforderlichen Flugzeuge sind in England angekauft worden.

Deutscher Weinhandel nach Polen. Die Handelskammer in Trier hat in einer Eingabe an die Reichsregierung gebeten, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen für Erleichterungen für die deutsche Weineinfuhr einzutreten. Mit den zu Polen gefallenen deutschen Landesteilen sei ein wesentliches Absatzgebiet für den deutschen Weinhandel verloren gegangen.

Die Kammer beschloß ferner, der Schaffung von Lagerhäusern, in denen Wein gegen indossabile (übertragbare) Lagerheine zu lombardieren (beleihen) wäre, näherzutreten. Die Angelegenheit wird zur Zeit mit Vertretern des Weinbaus durchberaten.

Stadtzölle in Italien. Nach amtlicher Erhebung gibt es in Italien noch 191 Gemeinden, die Stadtzölle (Oktroi), besonders auf Wein, Fleisch, Milchzucker und elektrische Kraft, mit einem Ertragnis von etwa 1 1/2 Milliarden Mark jährlich, erheben. Die Abschaffung der Stadtzölle begegnet beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten, so sehr sich die Regierung darum bemüht.

400 000 Arbeitslose weniger. Nach den Vorschlägen der Landesarbeitsämter ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von Mitte März bis Anfang April um mehr als 400 000 zurückgegangen. Da die Hemmungen des Frostes überwunden sind und die Lage in den Auhenerufen nach Arbeitsaufnahme drängt, erfahrungsgemäß auch die stärkste Entlastung erst im April eintritt, wird man annehmen dürfen, daß sich die saisonmäßige Besserung in den nächsten Wochen fortsetzen wird.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau. In den Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden in Essen forderten die Gewerkschaften eine allgemeine Lohnhöhung von 1 Mark je Schicht, was vom Zechenverband abgelehnt wurde. Der Verband schlug wegen des engen Zusammenhangs zwischen Lohn, Arbeitszeit und Manteltarif, die von ihm zum 30. Juni gekündigt sind, eine Hinausschiebung auch der Lohnregelung bis zu diesem Termin vor. Gleichzeitig erklärte der Zechenverband, daß er mit Rücksicht auf die Lage des Ruhrbergbaus eine Verlängerung der Schichtzeit unter Tage um eine halbe Stunde, also wie in der Vorkriegszeit, oder eine Lohnherabsetzung von 5 Prozent verlangen müsse. Da die Gewerkschaften dies ablehnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden voraussichtlich am 22. d. M. vor dem Schlichter fortgesetzt werden.

Stuttgarter Börse, 17. April. Die Lage an der heutigen Börse ist recht unsicher, da die Reparationsverhandlungen in ein kritisches Stadium getreten sind; doch konnten sich die Kurse ungefähr auf dem gestrigen Niveau behaupten. Im weiteren Verlauf war die Haltung etwas fester und der Schluß blieb freundlich. Rentenwerte wenig verändert.

Frankfurter Getreidebörse, 17. April. Weizen 23,75, Roggen 22,75, Sommergerste 24, Hafer inkl. 24,50—25,25, Mais mired 22,50—22,75, Weizenmehl südd. Spez. 0 33—33,50, Roggenmehl 32,50—33, 30—31 Weizenkleie 15,50, Roggenkleie 14,25—14,50, Haltung schwach.

Bremen, 17. April. Baumw. Widdl. Untd. Stand. loco 21,47.

Konkursverkauf eines Fabrikanteneises. Das Fabrikanteneis der Firma G. Ollomen G. m. b. H. Ehrenstein bei Ulm wurde im Konkurs wie folgt verkauft: Das im Rohbau befindliche Wohnhaus zu einem Preis von 10 000 M an Josef Oswald, Bauunternehmer, Ehrenstein. Das Hinterhaus wurde von Schulze Karl Vogl-Ehrenstein zum Preis von 7 000 M gekauft. Das übrige Anwesen wurde von Wittich, Bern, bis zu dem Betrag von 78 400 M versteigert und erworben.

## Märkte

Ulmer Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 4 Ochsen, 8 Färren, 26 Rühr, 24 Rinder, 177 Kälber, 227 Schweine. Preise: Ochsen 1. 48—52, Färren 1. 42—44, 2. 38—40, Rühr 2. 28—32, 3. 16 bis 26, Rinder 1. 50—52, 2. 46—48, Kälber 1. 82—84, 2. 76—80, Schweine 1. 74—76, 2. 68—72 M. Marktverkauf: In allen Gattungen langsam.

Forchheimer Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 10 Ochsen, 16 Rühr, 50 Rinder, 14 Färren, 14 Kälber, 389 Schweine. Preise: Ochsen 1. 53—55, 2. 47—51, Färren 1. 50, 2. und 3. 48—45, Rühr 2. und 3. 38—28, Rinder 1. 56—59, 2. 51—54, Schweine 1. 80, 2. und 3. 78, 4. 74—77, 7. 70—72 M. Marktverkauf: mäßig belebt.

Viehpreise. Schwend: Rühr 250—500, Rinder und Kalbinnen 300—625, Jungvieh 150—250, M. — Wailingen: Rühr 155—470, Kalben 550—760, Jungkinder 220—350 M d. St.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 35—50. — Schweuningen: Milchschweine 42. — Wailingen: Milchschweine 35—50 Käufer 43 bis 45 M d. St.

Fruchtpreise. Kalen: Kernen 13, Weizen 13, Roggen 11,60, Gerste 11,80—12, Hafer 11,40—12, Soothafer 12,60—13,50, Futtererben 14—14,50. — Heidenheim: Kernen 12,65, Weizen 11,50 bis 11,70. — Leutkirch: Korn 11, Weizen 12,50, Roggen 10—13, Gerste 11—13, Hafer 12,50—13,50 M d. St.

Württ. Zentralhäuteversteigerung. Auf der heute im Konzertsaal der Lederhalle abgehaltenen 112. württ. Zentralversteigerung für Häute und Felle kamen 15 721 Großviehhäute, 24 957 Kalbfelle und 644 Hammelfelle zum Aufgebot. Croupon 90,25, norddeutsche Häute 71,5, Ausschühhäute 55—69,5, Kalbfelle ohne Kopf bis 9 Pf. 145—150, dto. 9,1—15 Pf. 136—141, dto. über 15 Pf. 108,5, Fresserfelle 83,5, Kalbellschuh 101, Hammelfelle gefalzen, vollwollig 85—87,5, Blößen gefalzen 56,25, Lammfelle 68,5, Hammelfelle trocken 100, Hammelfell gefalzen 32, Ochsenhäute ohne Kopf bis 29 Pf. 85, 30—49 Pf. 81—82, 50—59 Pf. 85—87, 60—79 Pf. 84—90, 80 Pf. u. m. 75—79; Rinderhäute ohne Kopf bis 29 Pf. 100,25, 30—49 Pf. 99—103, 50—59 Pf. 93 bis 98, 60—79 Pf. 85—95, 80 Pf. u. m. 81,5; Kuhhäute ohne Kopf bis 29 Pf. —, 30—49 Pf. 84—85, 50—59 Pf. 82—85, 60—79 Pf. 76—83,75, 80 Pf. u. m. 73,5; Färrenhäute ohne Kopf bis 29 Pf. 87, 30—49 Pf. 83—84, 50—59 Pf. 74—81,5, 60—79 Pf. 68—74,5, 80 Pf. u. m. 55—60,25.

Altgäuer Butter- und Käse-Börse, Kempten, 17. April. Molterebutter 144—150, Verkauf unverändert; Qualitätszuschlag nach der Statistik der Woche 55 Pfg. Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt (grüne Ware) 27—30, Verkauf unverändert; Altgäuer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 108—116, Verkauf unverändert. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für ein Pfund.

Befehwechsel. Das gemischte Warengeschäft von Eugen Weller in Redartailfingen Odt. Rürtingen wurde um 27 000 M von Karl Ulber in Wettingen erworben.

**Neuaufnahmen**  
An 12. April an 5. M. a. als Honorar  
Prospekte kostenlos.  
Die Schulleitung der Stuttgarter kaufm. Fachschule  
E. Zepfches Institut Stuttgart, Telefon 10170, Postfach 37  
ZEPF  
Sonderbureau für irrische Verträge und Rückkäufe  
Schulstraße 11, Wetzlar 68, Leitung: Frau Prof. Heide.

## Bekanntmachung.

Die auf Freitag den 19. April 1929, nachmittags 5 Uhr, ausgeschriebene

## Wiesenverpachtung

findet besonderer Umstände halber erst um 6 Uhr statt.  
Wildbad, den 18. April 1929.

Stadtpflege.

## Seide ist Gold!

Durch Seidenraupenzucht können in 12 Wochen 1000 M. und mehr verdient werden. Einfache, leichte Zucht für Alle. Prospekte, Anleitung kostenlos. Rückporto erbeten.  
Weißer (Sa) Schließf. 81, Betatzst. f. deutschen Seidenb.

**Persil - Lux  
Afa - Dim  
Seifenpulver  
Seifenspäne  
Bleichsoda  
Schmierseife**  
und alle sonstigen  
**Puh- und Waschmittel**  
Liefert  
**Eberhard-Drogerie**

Fritz Hammer, Maler  
Sohn des Karl Hammer, Eberhardsruhe  
Maria Hammer  
geb. Schralvogel  
Vermählte  
Wildbad Rottweil

Preiswerte  
**Läuferstoffe**  
Moderne Muster  
Prima Qualitäten  
schon von Mk. 1.95 an  
empfiehlt  
in reicher Auswahl  
**Phil. Bosch Nachf., Wildbad**  
Inh.: Fritz Wiber

**Kleinkaliberschützenverein Wildbad**  
Am Samstag den 20. April 1929, abends 8 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Kamerad Straßer im „Wildbader Hof“.  
Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.  
Erscheinen sämtlicher Kameraden Pflicht. Es werden nur schriftliche Entschuldigungen angenommen.  
Der Vorstand.

**Auf alle Artikel  
ab heute  
10%  
oder doppelte Rabattmarken**  
**Vieser**

**Zarten Kopfsalat  
Ufersalat**  
sowie sämtliche  
**Gemüsesämereien**  
empfiehlt  
**Lembeck**  
Gartenbau.

**Schreibmaschinen**  
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei  
**GESCHW. FLUM**  
Buch- und Papierhandlung.  
**Die Qualität**  
des Blattes ist ausschlaggebend für den Erfolg der Anzeigen. Deshalb wird zur Insertion mit Vorliebe das  
**„Wildbader Tagblatt“**  
gewählt.

**Blendend!**  
Kein einziges  
Hühnerauge mehr durch  
**„Lebewohl“**  
Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben Blechdose (8 Pflaster) 75 Pl., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken u. Drogerien. Sicher zu haben: Eberhard-Drogerie Apotheker K. Plappert,